



Freie Demokraten im Hessischen Landtag

ROCK ZU WOHNUNGSBAU

23.08.2018

- **Nur zusätzliche Wohnungen entspannen Lage am Wohnungsmarkt**
- **Innerstädtischer Zubau und Nachverdichtung allein reichen nicht aus, um Bedarf zu decken**
- **Wohnungsbau muss städtebaulich verträglich geplant und mit der nötigen Infrastruktur ausgestattet werden**

WIESBADEN – „Wir Freie Demokraten, wollen dem Mietpreisanstieg endlich wirksam etwas entgegensetzen. Das geht aber nicht, indem man den Mangel bürokratisch durch Mietpreisbremse oder Fehlbelegungsabgabe verwaltet, sondern einzig indem man mehr Angebot schafft. Da die Potenziale für den innerstädtischen Zubau und die Nachverdichtung äußerst begrenzt sind und nach Schätzungen für Frankfurt nur etwa Platz für 12.000 Wohnungen bieten, wir aber 100.000 Wohnungen bis 2040 benötigen, wird es auch Ausweisungen großflächiger Wohngebiete geben müssen“, erklärt der Fraktionschef der FDP im Landtag, René ROCK.



Rock weiter: „Der Bau von neuen Stadtquartieren, wie etwa an der A5 oder am Main-Taunus-Zentrum darf nicht von vorne herein abgelehnt werden. Solche Quartiere müssen städtebaulich verträglich geplant und verkehrstechnisch lokal und regional erschlossen werden. Grundlage der städtebaulichen Weiterentwicklung der Region ist der Dialog mit angrenzenden Kommunen. Das Land muss sich seiner Verantwortung in der Landesentwicklungsplanung stellen und darf die Kommunen mit dem Problem nicht allein lassen. Es bedarf vor allem einer Beteiligung des Landes bei einer ausreichenden verkehrstechnischen Erschließung, sowohl mit Straßen als auch mit ÖPNV. Zusätzlich bedarf es der notwendigen Bildungsinfrastruktur, wie Schulen und Kindergärten. Auch hier ist das Land zur Vermeidung einer Überforderung der betroffenen Kommunen gefordert, Unterstützung zu leisten.“

Rock abschließend: „Die Freien Demokraten möchten darüber hinaus städtebaulichen Wettbewerb fördern und die Kommunen darin bestärken solche Wettbewerbe auszuschreiben. Diese sind insbesondere in der Planungsphase geeignet, der Gefahr von Ghettobildungen frühzeitig entgegen zu wirken. Sie stellen sicher, dass neue Wohngebiete modernsten städtebaulichen Anforderungen bei der Infrastruktur, der Integration und der Barrierefreiheit gerecht werden und dort eine tragfähige soziale Struktur entstehen kann.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de